



#TagderBefreiung

#8Mai

#achterMai

#Feiertag

#vvnbdA

**»TAG DER
BEFREIUNG«
UND
»MORGENROT
DER
MENSCHHEIT«**



VVN-BdA

antifa

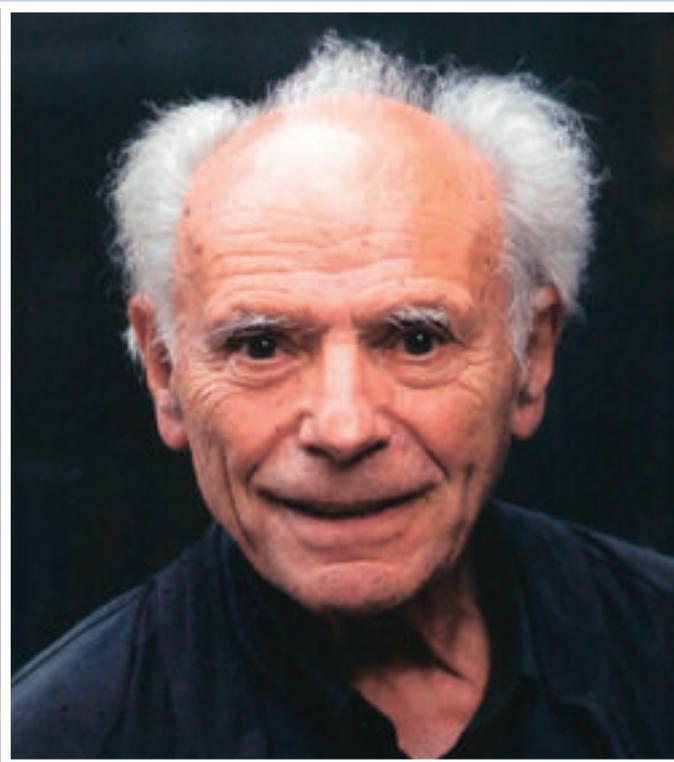
**SPEZIAL 8. MAI
1945-2020**

»Tag der Befreiung« und »Morgenrot der Menschheit«

Tatsächlich ist dieses Datum ein welthistorisches Ereignis. Es widerspiegelt die Kraft und Leistung aller Teile der Anti-Hitler-Koalition bei der Niederschlagung des deutschen Faschismus. Dazu gehörten natürlich die Armeen der Alliierten, wobei die militärische Hauptlast unstrittig bei der sowjetischen Armee lag. Dazu gehörten insbesondere auch die bewaffneten Kämpfer in den Reihen der Partisanen und nationalen Befreiungsarmeen und die Frauen und Männer, die in der Illegalität oder vom Exil aus Widerstand organisierten und damit zur Schwächung der faschistischen Barbarei beitrugen. Ein solches Bündnis hatte es in der Geschichte noch nie gegeben. Es vermochte durch die militärische Zerschlagung des Faschismus Europa zu befreien.

Der geschichtspolitische Streit um den 8. Mai in Deutschland

Die deutsche Bevölkerung erlebte diesen 8. Mai 1945 ambivalent. Tatsächlich befreit fühlten sich die Verfolgten des Naziregimes in den faschistischen Haftstätten sowie die Minderheit der Nazigegner, die sich in den Lagern,



Peter Gingold (1916 – 2006), Frankfurter Antifaschist, Kämpfer in den Reihen der Résistance und langjähriger Repräsentant der VVN-BdA. Foto: wikipedia.de/Manske, CC BY-SA 2.0 de

in den illegalen Gruppen oder im Exil bereits auf einen antifaschistisch-demokratischen Neuanfang vorbereitet hatten.

Für die Mehrheit der deutschen Bevölkerung stellte sich der 8. Mai 1945 zuallererst als Kriegsende dar. Hatte doch die große Masse der Deutschen bis fünf nach zwölf die faschistische Kriegspolitik mitgetragen. Das war weniger Resultat ideologischer Begeisterung oder Angst vor faschistischem Terror – auch wenn in den letzten Tagen des Krieges zahlreiche deutsche Zivilisten von den eigenen Leuten umgebracht wurden und nicht mehr durch alliierte Kriegshandlungen. Wie man heute weiß, war es vielmehr Sorge vor dem, was eine Besetzung durch die Alliierten bringen würde. Man war sich der begangenen Verbrechen bewusst und fürchtete die „Rache der Alliierten“. Große Angst hatte die deutsche Zivilbevölkerung auch vor den Zwangsarbeitern, die man in den Jahren zuvor ausgebeutet und drangsaliert hatte. Wie würden sie reagieren, wenn sie nicht mehr unter der Terrorherrschaft des Naziregimes eingekerkert waren? Befreit fühlte sich die Masse der Bevölkerung nur von einer Sorge, nämlich noch in den letzten Tagen des nicht mehr gewinnbaren Krieges Leben, Verwandte oder Hab und Gut zu verlieren.

Kampffeld Kalter Krieg

In den ersten Jahren spielte in der Erinnerungspolitik nicht der 8. Mai, sondern der „Zweite Sonntag im September“ als Tag der Opfer des Faschismus die wichtigere Rolle. Antifaschistische Verbände und demokratische Parteien gedachten gemeinsam der Opfer und bekräftigten die Losung „Nie wieder!“. Doch dieses Gedenken wurde Ende der 40er Jahre bereits durch den Kalten Krieg überlagert. Reaktionäre Politiker in den Westzonen vermochten – unterstützt durch konservative Medien – im öffentlichen Auftreten eine sprachliche Neuorientierung für den 8. Mai 1945 durchsetzen. Wer Begriffe wie „Niederlage“ oder „Katastrophe“ benutzte, machte in diesen Jahren seinen Zuhörern deutlich, wie eng er sich mit der NS-Zeit verbunden fühlte, was zumeist durchaus gewollt war. Weniger reaktionäre Kräfte zogen sich auf die Begriffe „Zusammenbruch“ oder – wertneutral – „Kriegsende“ zurück. Der damalige Bundespräsident Theodor Heuss sprach von einer „Paradoxie der ‚Erlösung und Vernichtung‘ in einem“. Den Begriff „Befreiung“ nutzten in den 50er und Anfang der 60er Jahre nur noch Antifaschisten. Da dieser Begriff in der damaligen DDR offiziell Verwendung fand, geriet er in das ideologische Kampffeld des Kalten Krieges. Und so ergab sich die – aus heutiger Perspektive – absurde Logik: „Befreiung“ wird von der DDR verwendet. Wer also



Emil Carlebach (1914 – 2001), Überlebender des KZ Buchenwald, Mitglied im Präsidium der VVN-BdA, (Chef-)Redakteur der „tat“. Foto: VVN-BdA

diesen Begriff für den 8. Mai benutzt, vertritt die ideologische Position der DDR. Wer die DDR unterstützt, unterstützt den Kommunismus. Also ist derjenige, der von „Befreiung“ spricht, Kommunist und aus der bundesdeutschen Gesellschaft auszugrenzen.

Neue Offenheit in den 1960ern

Erst die beginnende Auseinandersetzung über die verdrängte NS-Vergangenheit durch die 68er Bewegung führte dazu, dass für den Begriff der „Befreiung von Faschismus und Krieg“ in der BRD gesellschaftlicher Raum entstand. Sichtbar wurde dies am 10. Mai 1975, als in Frankfurt/M. auf dem Römerberg – unter maßgeblicher Beteiligung der VVN-BdA – eine bundesweite Kundgebung mit 40.000 Menschen unter dem Motto „30 Jahre Befreiung vom Hitlerfaschismus – 30 Jahre Kampf für ein Europa des Friedens“ stattfand. Wichtig war nicht nur die Zahl der Teilnehmenden – es war eine der größten Demonstrationen in Frankfurt in der Nachkriegszeit –, sondern auch die politische und gesellschaftliche Breite der Unterstützer dieser Aktion. Schriftsteller, Professoren, Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens, Parteien und Organisationen aus dem gesamten linken und humanistischen Spektrums hatten dazu aufgerufen.

Umschwung 1985

Zehn Jahre später, im Jahre 1985, hatte diese Auseinandersetzung auch die Regierenden erreicht. Noch im Herbst 1984 erklärte Bundeskanzler Helmut Kohl, er wisse nicht, was er am 8. Mai feiern solle. Der Vorsitzende der CDU/CSU-Fraktion Alfred Dregger assistierte ihm, der 8. Mai sei eine der größten Katastrophen Europas gewesen, und Katastrophen könne man nicht feiern. Heiner Geißler sprach vom „Tiefpunkt deutscher Geschichte“. Und wenige Tage vor dem 8. Mai zelebrierte Helmut Kohl mit Ronald Reagan in Bitburg eine „Versöhnung über den Gräbern“ der SS.

Es war der damalige Bundespräsident Richard von Weizsäcker, der mit seiner Rede zum 8. Mai im Deutschen Bundestag diesem Datum eine ganz andere Konnotation gab. Zum ersten Mal sprach ein Repräsentant der Bundesrepublik Deutschland vom 8. Mai 1945 als „Tag der Befreiung vom Nationalsozialismus“. Außerdem würdigte er – ebenfalls zum ersten Mal – den antifaschistischen Widerstand in seiner tatsächlichen politischen Breite, also unter wertschätzender Einbeziehung der Frauen und Männer aus dem kommunistischen Widerstand. Es waren nicht zuletzt diese Passagen, die „die Rede“, wie sie später nur noch genannt wurde, so bedeutend machte.



Jürgen Habermas (geb. 1929), Soziologie, leistete wesentlichen Widerspruch während des „Historikerstreits“. Foto: wikipedia.de/Szabolcs, CC BY-SA 2.0 de

Der »Historikerstreit«

Gegen diese Neubewertung richtete sich ein Jahr später ein ideologischer Roll-back, der „Historikerstreit“. Unter der Überschrift „Vergangenheit, die nicht vergehen will“ veröffentlichte Prof. Ernst Nolte am 6. Juni 1986 in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ (FAZ) einen Aufsatz, der eine breite öffentliche Debatte auslöste. Seine Thesen lauteten sinngemäß: Der Holocaust stelle keine Einmaligkeit dar. Die Vernichtungslager seien nur die Reaktion auf Bedrohungsängste Hitlers durch den Bolschewismus, das „Archipel Gulag“ sei daher die Voraussetzung für Auschwitz, und letztlich stelle Auschwitz in diesem Rahmen nur eine Art „technische Innovation“ dar. Andreas Hillgruber assistierte in seinem Buch „Zweierlei Untergang“ mit einer Neubewertung der deutschen Wehrmacht, deren Niederlage eigentlich eine Niederlage ganz Europas gewesen sei, habe sie doch gegen die „Überflutung ihrer Heimat durch die Rote Armee“ gekämpft.

Bei diesem Streit ging es nur vorgeblich um historische Fakten. Prof. Michael Stürmer, Kanzler-Berater von Helmut Kohl, hatte bereits die Parole ausgegeben: „In einem geschichtslosen Land (gewinnt derjenige) die Zukunft, der die Erinnerung füllt, die Begriffe prägt und die Vergangenheit deutet.“ Aus antifaschistischer Sicht kam auch Prof. Reinhard Kühnl zu dem Ergebnis: „Tatsächlich aber geht es auch und wesentlich darum, welche Konsequenzen sich aus der faschistischen Vergangenheit für uns ergeben und welchen Weg dieses Land einschlagen soll. Nicht um die Vergangenheit geht es primär, sondern um die Zukunft.“ Es war Ausdruck des ideologischen Kräfteverhältnisses in diesen Jahren, dass sich Nolte & Co. nicht durchsetzen konnten. Vielmehr nahmen antifaschistische Perspektiven breiten Raum in der Alltagsgeschichte ein. Nicht die professoralen Historiker an den bundesdeutschen Universitäten, aber zahllose Initiativen würdigten den antifaschistischen Widerstand, begannen mit der Aufarbeitung der Regionalgeschichte der NS-Zeit, setzten sich für Gedenkort und andere öffentliche Erinnerungszeichen ein. Man konnte tatsächlich von antifaschistischen Perspektiven im Alltag der BRD sprechen.

Zu erwähnen ist, dass eine solche regionalisierte antifaschistische Geschichtserinnerung beginnend in den 70er Jahren auch in der DDR eine zunehmende Bedeutung erhielt. Hier waren es insbesondere Geschichtszirkel und bezirkliche Komitees der antifaschistischen Widerstandskämpfer, die sich um diese Darstellung bemühten.



Plakatserie zum 75. Jahrestag der Befreiung vom Faschismus. Abb.: VVN-BdA

Der Umbruch 1989

Einen massiven Bruch erlebten beide Tendenzen der Geschichtserinnerung mit dem Ende der DDR 1989/90 und der damit verbundenen ideologischen „Delegitimierung“ (Kinkel) dieses sich antifaschistisch verstehenden Staates. Die Abwicklung der antifaschistischen Gedenkort in der DDR, die Angriffe auf die ehemaligen Mahn- und Gedenkstätten, die Beseitigung von Straßennamen und anderer öffentlicher Erinnerungszeichen in den „neuen Bundesländern“ sind bekannt. Die Auswirkungen auf das öffentliche Gedenken waren deutlich sichtbar. Zum 8. Mai 1990 fanden nur vereinzelt regionale Aktivitäten statt. Der Bundestag und die Volkskammer beließen es bei kurzen, belanglosen Gedenkritualen.

Trotz aller politischer Kampagnen gegen einen „staatlich verordneten Antifaschismus“ gelang es jedoch nicht, Antifaschismus im Alltagsbewusstsein zu diskreditieren. In den neuen Bundesländern hielten sich Erinnerungsrituale, die – wenn sich die staatlichen Gremien nicht mehr dafür



verantwortlich zeigten – oftmals von der PDS oder den antifaschistischen Verbänden fortgeführt wurden. In den alten Bundesländern blieben die VVN-BdA, antifaschistische Initiativen und Netzwerke aktiv, so dass der 8. Mai als Tag der Befreiung nicht in Vergessenheit geriet.

Markierungspunkt 1995

Das Jahr 1995 wurde in dieser Hinsicht zu einem Markierungspunkt, wie zukünftig in der deutschen Gesellschaft die Befreiung von Faschismus und Krieg begangen werden sollte. Noch einmal meldete sich Alfred Dregger zu Wort, dass angesichts von Zerstörung, Vertreibung und Elend der Deutschen von Befreiung keine Rede sein könne. Die Granden des deutschen Geschichtsrevisionismus veröffentlichten in der FAZ eine Anzeige, die den 8. Mai als „Beginn des Vertreibungsterrors“ uminterpretierte. Aber sie bekamen politischen Gegenwind, sodass selbst eine geplante Großkundgebung in München mit Alfred Dregger abgesagt werden musste. Kundgebungen anlässlich der Befreiungstage in den KZ-Gedenkstätten wurden von Staatsvertretern dazu missbraucht, ihre „Neudefinition der Geschichte“ durchzusetzen. Während

in der Gedenkstätte Sachsenhausen Polizei protestierende Antifaschisten abdrängte, antwortete in Buchenwald der KZ-Überlebende Emil Carlebach dem CDU-Ministerpräsidenten, der die Selbstbefreiung der Häftlinge als kommunistische Legendenbildung denunziert hatte. Emil Carlebach erklärte unter dem Beifall der zehntausend Kundgebungsteilnehmer: „Es soll vergessen gemacht werden, wer tatsächlich mit den Verbrechern und ihrem Terrorregime zusammengearbeitet hat.“

Der Gedenktag 27. Januar

Der damalige Bundespräsident Roman Herzog reagierte auf diese gesellschaftliche Stimmung und erklärte 1996 den 27. Januar, den Tag der Befreiung des KZ Auschwitz durch die Rote Armee, zum nationalen Gedenktag für alle Opfer des Nationalsozialismus. Die VVN-BdA betonte damals: „Wer des 27. Januars gedenkt, muss den 30. Januar mitdenken“. Es musste darum gehen, dass nicht nur die Erinnerung an das faschistische Massenverbrechen an Juden, Sinti und Roma und Slawen gepflegt wird, sondern auch die Errichtung der faschistischen Herrschaft zu thematisieren sei.

Diese Sorge war mehr als berechtigt, denn in der Konsequenz wurden von nun an staatliche Formen des Gedenkens an das Jahr 1945 auf den 27. Januar fokussiert. Regelmäßig fanden seitdem Feierstunden im Deutschen Bundestag statt, verschiedene Zeitzeugen bekamen die Möglichkeit, an diesem Datum ihre Perspektive höchst offiziell zu präsentieren. So wurde auf staatlicher Ebene versucht, die gesellschaftliche Auseinandersetzung um den 8. Mai als Tag der Befreiung in den Hintergrund zu drängen.

Und die Bundesregierung unter Angela Merkel machte dies auch international deutlich. Man nahm an Feiern zum D-Day in der Normandie teil, fuhr zum 1. September nach Polen, weigerte sich aber, den Einladungen zum 9. Mai nach Moskau zu folgen.

Die regionale Ebene

Solche Ambivalenzen im Umgang mit der Gedenk- und Erinnerungspolitik und insbesondere mit dem 8. Mai sind auch auf regionaler Ebene festzustellen. Auf der einen Seite finden zahlreiche Veranstaltungen statt, in denen der Opfer der faschistischen Politik gedacht wird. Nicht nur der 27. Januar, auch regionale und überregionale Gedenkanlässe werden genutzt, wobei die inhaltliche Ausrichtung dieses Gedenkens die Täter und gesellschaftlich Verantwortlichen zumeist ausblenden. Diese Lücke schließen seit vielen Jahren immer mehr zivilgesellschaftliche Initiativen, an denen die VVN-BdA aktiv beteiligt ist, die nicht nur für die Gedenkpolitik, sondern auch für das historische Narrativ einen wichtigen Beitrag leisten, so dass die Reichspogromnacht, die Erinnerung an KZ-Außenkommandos oder andere wichtige Daten oder Orte der antifaschistischen Geschichte nicht in Vergessenheit geraten.

Sichtbarer Ausdruck für die Breite und gesellschaftliche Akzeptanz solcher Erinnerungsarbeit ist das Fest zum „Tag des Sieges“ am 9. Mai in Berlin im Treptower Park, das längst keine Einzelveranstaltung mehr ist, sondern von vielen tausend Menschen wahrgenommen wird.

In Zeiten der AfD

Neben diesen positiven Tendenzen erleben wir in den vergangenen Monaten und Jahren zunehmende Angriffe der Rechtskräfte, Antifaschismus und unsere Geschichtsperspektive gesellschaftlich zu diskreditieren, zu denunzieren und zu behindern. Dazu gehören z. B. Vorstöße der sächsischen CDU, zivilgesellschaftliche Initiativen und örtliche Bündnisse gegen rechts mit Verweis auf

eine „Extremismus-Klausel“ in ihrem Handeln massiv einzuschränken. Nachdem nun die extrem rechte AfD auf allen Ebenen des parlamentarischen Systems angekommen ist, setzt diese solche Vorstöße gegen alles, was sie unter „Antifa“ subsumiert, fort. Die AfD startet parlamentarische Anfragen zu antifaschistischen Netzwerken oder zur Förderung von Aktionen gegen rechts. Anträge zur Mittelstreichung für zivilgesellschaftliche Initiativen sind an der Tagesordnung.

Der Aufschwung der AfD konnte nicht ohne Auswirkungen auf die Debatte um den 8. Mai 1945 bleiben. Erika Steinbach, Vorsitzende der AfD-Desiderius-Erasmus-Stiftung, gab 2018 die Richtung mit der Forderung vor, den 8. Mai 1945 nicht länger als „Tag der Befreiung“ zu bezeichnen. Alexander Gauland stimmte seine Partei beim Kyffhäuser Treffen 2019 auf die 75. Jahrestage der Befreiung mit der Bemerkung ein, „wir (haben) das Recht, stolz zu sein auf Leistungen deutscher Soldaten in zwei Weltkriegen“.



Abb.: VVN-BdA, unter Verwendung eines Fotos des United States Holocaust Memorial Museum/Sidney Blau (Survivors in Allach, a sub-camp of Dachau, greet arriving U.S. troops. 30 April 1945, Allach, Bavaria, Germany)

Der Vertreter des neofaschistischen Flügels Björn Höcke propagiert in aller Offenheit eine „180-Grad-Wende“ in der Geschichtspolitik. Man müsse sich vom deutschen „Schuld-kult“ verabschieden, heißt es ganz im Sinne der Diktion des neofaschistischen Geschichtsrevisionismus. Dieser Linie folgte der Brandenburger AfD-Landtagsabgeordnete Christoph Berndt mit der Behauptung, der 8. Mai sei „doch kein Tag der Freiheit für uns“ gewesen. In Rage offenbarte Klaus-Dieter Kobold von der AfD im Erfurter Stadtparlament seine Geisteshaltung: „Es war eine schandhafte Niederlage... Aber es war kein Tag der Befreiung, sondern ein Tag der neuen Besetzung, mit 40-jähriger russischer Diktatur.“

Interpretation in Osteuropa

Noch wird solcher Geschichtsrevisionismus in den öffentlichen Debatten mehrheitlich zurückgewiesen. Aber die Rahmenbedingungen für antifaschistische Erinnerungspolitik auf staatlicher oder kommunaler Ebene werden zunehmend komplizierter. Dazu trägt nicht zuletzt ein Beschluss des Europäischen Parlamentes vom 19. September 2019 bei, der unter der wohlklingenden Überschrift: „Bedeutung der Erinnerung an die europäische Vergangenheit für die Zukunft Europas“ einen massiven Angriff auf die antifaschistische Gedenk- und Erinnerungspolitik darstellt.

Ohne jede historische Fundierung beschloss die große Mehrheit der Abgeordneten des Europäischen Parlaments, dass sich Geschichte anders abgespielt habe, als es in Wirklichkeit war. So sei der Zweite Weltkrieg durch das Deutsche Reich und die Sowjetunion begonnen worden, alle Ereignisse bis zum August 1939 hätten darauf keinen Einfluss. Die Länder Osteuropas seien nicht vom Faschismus befreit worden, sondern mit dem Vormarsch der sowjetischen Streitkräfte habe eine neue jahrzehntelange Unterdrückung begonnen. Das russische Volk sei bis heute unterdrückt, weil es sich nicht von den „Geschichtsmysmen“ der Regierenden befreien könne.

Massiv wie zu Zeiten des Kalten Krieges wird Geschichte instrumentalisiert und aus geostrategischen Gründen die Europäische Union gegen eine wahrheitsgemäße Sicht auf die Geschichte des Zweiten Weltkrieges positioniert.

Erfreulicherweise regt sich gegen diese skandalöse Resolution in vielen europäischen Ländern gesellschaftlicher Widerspruch. Diese Resolution macht aber deutlich, auf wie vielen politischen Ebenen Einfluss auf das historische Narrativ und die gesellschaftliche Erinnerungspolitik genommen wird.

Das Vermächtnis des 8. Mai als Verpflichtung für heute

Vor dem Hintergrund solcher Tendenzen ist es für Antifaschisten heute unabdingbar, sich der Wurzeln unserer gemeinsamen Arbeit, nämlich der politischen Vermächtnisse der Überlebenden, zu vergewissern. Und so bleiben die gemeinsamen Aussagen der befreiten Häftlinge der Konzentrationslager auch 75 Jahre später immer noch von hoher Aktualität. In dem weltberühmten Schwur von Buchenwald vom 19. April 1945 erklärten sie:

„Wir Buchenwalder, Russen, Franzosen, Polen, Tschechen, Slowaken und Deutsche, Spanier, Italiener und Österreicher, Belgier und Holländer, Engländer, Luxemburger, Rumänen, Jugoslawen und Ungarn, kämpften gemeinsam gegen die SS, gegen die nazistischen Verbrecher, für unsere eigene Befreiung.

Uns beseelte eine Idee: Unsere Sache ist gerecht – Der Sieg muß unser sein! ...

Wir stellen den Kampf erst ein, wenn auch der letzte Schuldige vor den Richtern der Völker steht!

Die Vernichtung des Nazismus mit seinen Wurzeln ist unsere Losung. Der Aufbau einer neuen Welt des Friedens und der Freiheit ist unser Ziel.“

Einen Monat später erklärten die Überlebenden des KZ Mauthausen:

„Der vieljährige Aufenthalt im Lager hat in uns das Verständnis für die Werte einer Verbrüderung der Völker vertieft. Treu diesen Idealen schwören wir, solidarisch und im gemeinsamen Einverständnis, den weiteren Kampf gegen den Imperialismus und nationale Verhetzung zu führen. So, wie die Welt durch die gemeinsame Anstrengung aller Völker von der Bedrohung durch die hitlerische Übermacht befreit wurde, so müssen wir diese erkämpfte Freiheit als das gemeinsame Gut aller Völker betrachten. Der Friede und die Freiheit sind die Garantien des Glücks der Völker, und der Aufbau der Welt auf neuen Grundlagen sozialer und nationaler Gerechtigkeit ist der einzige Weg zur friedlichen Zusammenarbeit der Staaten und Völker. ... Wir werden immer gedenken, mit welch großen blutigen Opfern aller Nationen diese neue Welt erkämpft wurde. Im Gedenken an das vergossene Blut aller Völker, im Gedenken an die Millionen, durch den Nazifaschismus ermordeten Brüder geloben wir, daß wir diesen Weg nie verlassen werden. Auf den sicheren Grundlagen internationaler Gemeinschaft wollen wir das schönste Denkmal, das wir den gefallenen Soldaten der Freiheit setzen können, errichten: DIE WELT DES FREIEN MENSCHEN. Wir wenden uns an die ganze Welt mit dem Ruf: Helft uns bei dieser Arbeit. Es lebe die internationale Solidarität! Es lebe die Freiheit!“



Esther Bejarano (geb. 1924), Ehrenpräsidentin der VVN-BdA. Foto: Ulf Stephan/R-mediabase

In diesen wenigen Sätzen waren bereits die Kernpunkte aller antifaschistischen Programme für einen Neubeginn enthalten. Sie sind aber untrennbar mit dem 8. Mai 1945, dem Tag der Befreiung, verbunden und bleiben Zukunftsvision für antifaschistische Arbeit im kommenden Jahrzehnt. Es wäre daher ein wichtiges Signal, wenn 40 Jahre nach der

eindrucksvollen Rede von Bundespräsident Richard von Weizsäcker und 25 Jahre nach dem Gedenktag am 27. Januar nun auch der 8. Mai in die Liste der offiziellen Gedenk- und Feiertage aufgenommen würde. Das wäre ein Signal für die Wertschätzung des antifaschistischen Vermächtnisses.

Der 8. Mai als Feiertag

In den vergangenen Jahren hat es – mit Unterstützung der PDS, später Die Linke – mehrfach Vorstöße gegeben, den 8. Mai zu einem offiziellen Gedenktag zu erklären. In Mecklenburg-Vorpommern gelang dies bereits vor einigen Jahren, in Berlin hat die Landesregierung den 8. Mai 2020 zu einem einmaligen Feiertag erklärt. In Hessen und Thüringen haben der DGB und die VVN-BdA in einem gemeinsamen Brief die Ministerpräsidenten und Länderparlamente aufgefordert, in diesem Jahr den 8. Mai zum offiziellen Gedenktag zu erklären. Besorgt warnte daraufhin das intellektuelle Kampfblatt der AfD „Junge Freiheit“, die Transformation deutscher Geschichtspolitik schreite voran. Pessimistisch konstatierte die Zeitung: „So wird der ‚Tag der Befreiung‘ als gesamtdeutscher Feiertag und neuer Fixpunkt wohl kommen.“ Und Mitschuld daran trage Esther Bejarano, die mit der moralischen Autorität des NS-Opfers und der gleichsam mythischen Aura von Auschwitz, so die denunziatorische Beschreibung der JF, sich für dieses Anliegen eingesetzt habe. In der Tat hatte Esther Bejarano, Überlebende der Konzentrationslager Auschwitz und Ravensbrück, 75 Jahre nach der Befreiung des KZ Auschwitz am 27. Januar 1945 einen Brief an den Bundespräsidenten, an die Bundeskanzlerin und die Mitglieder des Bundestages geschrieben. Er endet in der Botschaft:

„Ich fordere: Der 8. Mai muss ein Feiertag werden! Ein Tag, an dem die Befreiung der Menschheit vom NS-Regime gefeiert werden kann. Das ist überfällig seit sieben Jahrzehnten. Und hilft vielleicht, endlich zu begreifen, dass der 8. Mai 1945 der Tag der Befreiung war, der Niederschlagung des NS-Regimes. Wie viele andere aus den Konzentrationslagern wurde auch ich auf den Todesmarsch getrieben. Erst Anfang Mai wurden wir von amerikanischen und russischen Soldaten befreit. Am 8. Mai wäre dann Gelegenheit, über die großen Hoffnungen der Menschheit nachzudenken: Über Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit – und Schwesterlichkeit.

Und dann können wir, dann kann ein Bundespräsident vielleicht irgendwann sagen: Wir haben aus der Geschichte gelernt. Die Deutschen haben die entscheidende Lektion gelernt.“



Sonderdruck antifa
Spezial 8. Mai 1945–2020,
Vereinigung der Verfolgten
des Naziregimes – Bund
der Antifaschistinnen
und Antifaschisten
V.i.S.d.P.: Thomas Willms,
Magdalenenstraße 19,
10365 Berlin

Was heißt hier eigentlich Verfassungsschutz?

Cornelia Kerth / Martin Kutscha (Hg.)

Was heißt hier eigentlich Verfassungsschutz? Ein Geheimdienst und seine Praxis

Paperback, etwa 130 Seiten

ISBN 978-3-89438-735-8

ca. € 12,90 [D]

PapyRossa Verlag

»Verfassungsschutz« – das klingt gut. Aber werden die mit diesem Namen geadelten Behörden ihrem Anspruch gerecht? Zahlreiche Skandale wie etwa das völlige Versagen beim Aufspüren der neonazistischen Terrorzelle »NSU« lassen daran zweifeln. Gleichwohl wurden in den letzten Jahren die Verfassungsschutzämter finanziell und personell aufgestockt und ihre Überwachungsbefugnisse noch erweitert. Dieser Sammelband nimmt Geschichte, Handlungsgrundlagen und aktuelle Praxis des Verfassungsschutzes unter die Lupe. Sind es wirklich nur »Pannen«, wenn dieser so wenig zur Aufklärung der Neonaziszene in Deutschland beiträgt? Welche Aufgaben weisen Grundgesetz und Fachgesetze den Geheimdiensten eigentlich zu? Wie sind die Vertuschung und Blockade bei der Aufdeckung terroristischer Netzwerke z. B. im NSU-Prozess zu erklären? Werden die parlamentarischen Kontrollgremien ihrer Aufgabe gerecht oder dienen sie lediglich als Feigenblatt für fragwürdige Aktivitäten? Welche Alternativen gibt es, um die demokratische Verfassungsordnung wirksam zu schützen?

Ich bestelle _____ Exemplar(e) »Was heißt hier eigentlich Verfassungsschutz?« à € 12,90 (zzgl. € 3,90 Versand)

Vorname, Name

Straße, Hausnummer

PLZ, Ort

Datum, Unterschrift



Erscheint im März 2020

Martin Kutscha, Dr. iur., *1948, Professor a. D. für Staats- und Verwaltungsrecht an der Hochschule für Wirtschaft und Recht Berlin, engagiert in der Humanistischen Union; **Cornelia Kerth**, *1954, Sozialwissenschaftlerin, Bundesvorsitzende der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten (VVN-BdA).

Mit Beiträgen von Antonia von der Behrens, Rolf Gössner, Luca Heyer, Udo Kauß, Martin Kutscha, Till Müller-Heidelberg, Martina Renner, Niklas Schrader und Klaus Stein.

Bestell-Coupon

VVN-BdA

Magdalenenstr. 19
10365 Berlin

FAX (030) 555 790 839

shop@vvn-bda.de

shop.vvn-bda.de

